

KREMSENER NACHRICHTEN

Am 29. September

KPÖ
wählen!

Erscheinungsort, Verlagspostamt: 3500 Krems – Nr. 2-2013



Nationalratswahl 2013: Die Kremser Kandidaten der KPÖ!

Fast schon traditionell stellt Krems bei Land- und Nationalratswahlen in NÖ den Spitzenkandidaten. Mit Nikolaus Lackner, geb. 1976, dem von der Landtagswahl bekannten Spitzenkandidaten und Koch aus Krems, auf Platz 1 geht die KPÖ-NÖ im September in die Wahl. Auf Platz 3 folgt der parteilose KLS-Gemeinderat Mag. Wolfgang Mahrer, der für sein soziales und kommunales Engagement bekannt ist. Spitzenkandidat im Wahlkreis Waldviertel, zu dem Krems gehört, ist der Lichtenauer Student Matthias Allinger.

Nikolaus Lackner begründet seine KPÖ-Kandidatur wie folgt:

„Während das Kapital die Regierenden in Österreich und Europa an der kurzen Leine führt, wird es für breite Bevölkerungsschichten immer schwieriger, ihr tägliches Leben zu meistern. Steigende Mieten, stagnierende Löhne, explodierende Preise bei Lebensmitteln und Angst vor drohender Arbeitslosigkeit bestimmen den Alltag der Arbeiterinnen und Arbeiter im Land.“

Demgegenüber sehen wir seit Jahren, wie willfährig ständig neue



GR Mag. Wolfgang Mahrer, Nikolaus Lackner, Matthias Allinger

Rettungspakete zugunsten des internationalen Großkapitals und der Finanzindustrie beschlossen werden. Die Regierung hat also gezeigt, wo ihre Prioritäten lie-

gen. In der kommenden Wahlauseinandersetzung werden wir dieser verantwortungslosen Politik, die nur den Reichsten nützt, unsere Konzepte gegenüberstellen.

Ob in Graz, in Krems, Linz oder Wien – wo wir Kommunistinnen und Kommunisten mit Mandatären vertreten sind, beweisen wir täglich aufs Neue, wie wichtig es ist, für die Menschen und nicht für Banken und Konzerne da zu sein.

Unser Parlament braucht eine linke Opposition, für ein sozialeres und gerechteres Österreich! Statt der ewig selben MultifunktionärInnen und Giebelkreuzbündler, die mit ihren lukrativen Nebenverdiensten als Diener zweier Herren zu bezeichnen sind, wollen wir endlich wieder einmal die Stimme von Arbeiterinnen und Arbeiter im Plenum hören.“

Zensur im Rathaus!

In der Gemeinderatssitzung vom Mai haben – initiiert von KLS-GR Wolfgang Mahrer – alle vier Kleinparteien (FPÖ, KLS, Grüne und UBK) einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag zur Kontrolle der GEDESAG durch das Kontrollamt eingebracht. Durch Verweigerung der Dringlichkeit konnten SPÖ und ÖVP diesen ohne Diskussion abschmettern.

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Im Juni-Stadtjournal Nr. 5/13 wollte GR Mag. Mahrer für die KLS darüber wie folgt berichten:

Zum 3. Mal GEDESAG!

Die vier Oppositionsparteien haben einen dritten Anlauf unternommen, um doch noch eine Prüfmöglichkeit des Kontrollamtes bei der GEDESAG zu erreichen. SPÖ und ÖVP haben gegen die Dringlichkeit gestimmt. Damit wurde jeder Diskussion darüber aus dem Weg gegangen. Fehlen Argumente oder hat man Angst vor unseren Argumenten?

Jetzt warten wir erst einmal das Ergebnis der Vernehmungen durch das Bundesamt zur Korruptionsbekämpfung (BAK) zum Grundstückdeal der GEDESAG in Gneixendorf ab. Danach werden wir nochmals Transparenz auch für dieses Stadtunternehmen einfordern.

Auch bleibt zu klären, warum Anfrage und Mitteilung zu einer verlorenen Zivilrechtsklage der Stadt nebst Rechnungshofbericht zum Vier-Millionen-Auwald-Kauf vertraulich behandelt werden, obwohl beide öffentlich sind.

Zensur im Rathaus!

Kurz darauf wurde GR Mahrer von Bgm Dr. Resch per Mail aufgefordert, einen Beitrag im Sinne der „Gentlemen-Vereinbarung“ zu schreiben. Die von Bgm Resch vorgegebene Vereinbarung verbietet „Angriffe“ auf politische Gegner. Im Rückmail kündigte GR Mahrer an, seinen Beitrag nicht umzuschreiben, sondern stellte es dem Bürgermeister frei, statt der Veröffentlichung des Beitrages im Stadtjournal an dieser Stelle zu vermerken, dass er als Bürgermeister angeordnet habe, den Beitrag der KLS nicht zu veröffentlichen.

Da auch der Beitrag der UBK unerwünscht war, hat sich Bgm Resch zur Zensur aller Beiträge der Kleinparteien und der beiden Vizebürgermeister entschlossen. Als Begründung diente „mehr Platz für die Hochwasserberichterstattung“, die gerade einmal drei von 36 Seiten ausmachte. Dafür durfte GEDESAG-Direktor Hanko eine Seite lang sein Unternehmen loben!

Für die Folgenummern wur-

den jetzt folgende inhaltliche „Grundsätze“ für Stadtjournalberichte aufgestellt:

- Die Beiträge im Stadtjournal sind dem Gebot der Sachlichkeit und Fairness verpflichtet, das heißt, diese dürfen nicht gegen die Interessen der Stadt Krems verstoßen.
- Sie dürfen nicht die Ehre einzelner Personen angreifen.
- Sie dürfen nicht gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen.
- Sie dürfen nicht gegen die guten Sitten verstoßen.
- Sie dürfen keine Angriffe auf Dritte enthalten.

Machen Sie sich selbst ein Bild, ob der oben abgedruckte – damals zensurierte – Bericht nicht allen Objektivitätskriterien einer fairen Berichterstattung an unsere Bürgerinnen und Bürger entspricht. Wir von der KLS lassen uns von der SPÖ genauso wenig einen Maulkorb umhängen wie von der ÖVP! Schönewetter-Beiträge oder Bürgermeister-Bejubelung im Stadtjournal sind nicht Oppositionsaufgabe!

Was für Beamte gilt, zählt für VP-Politiker noch lange nicht!

Über den unnötigen Ankauf eines Auwaldes, dessen wahrer Wert unter hunderttausend Euro liegt, um satte 4 Millionen Euro wurde viel berichtet. Immer stand dabei der Amtsmissbrauch durch einen pensionierten Beamten im Vordergrund. Die Stadt erstattete drei Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft gegen diesen Beamten, die allesamt von dieser als unrechtmäßig niedergelegt wurden. Dann wurde auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses eine Zivilklage auf Schadensersatz über 200.000 Euro eingebracht und ein Disziplinarverfahren eröffnet.

Im Urteil I. Instanz wurde der Beamte in allen Punkten freigesprochen und vom Richter die politische Verantwortung des zuständigen ÖVP-Stadtrates im Urteil herausgearbeitet. Zum VP-Stadtrat als Zeugen heißt es im Urteil: „Der Senat hat den Eindruck gewonnen, dass der Zeuge, StR ..., versucht hat, seine Rolle im Zusammenhang mit vertraglichen Vereinbarungen über die Gp 277/1 KG Weinzierl bei Krems herunterzuspielen, und versucht hat, sich als naiv darzustellen. ... Der Zeuge hat sich sichtlich bemüht, seine Rolle in dem gesamten Paket an

Liegenschaftstransaktionen als nebensächlich darzustellen, ganz offenbar deswegen, weil er Angst hatte, dass ihm Vorwürfe gemacht werden könnten, dass die Klägerin um einen vergleichsweise hohen Preis ein Grundstück erworben hat, das möglicherweise erst in Jahrzehnten entsprechend genutzt werden kann.“

Um diese politische Verantwortung vor der Gemeinderatswahl 2012 nicht publik werden zu lassen, haben damals Bgmin Rinke, MD Hallbauer und der Anwalt der Stadt ohne neuerlichen Gemein-

(Fortsetzung auf Seite 8)



Interview der KREMSENER NACHRICHTEN (KN) mit Gemeinderat Mag. Wolfgang Mahrer (KLS)

KN: Wie sehen Sie nach fast einem Jahr den Wechsel der Stadtführung von ÖVP zu SPÖ?

GR Mag. Mahrer: Die Euphorie ist der Realität gewichen und in manchen Dingen bin ich enttäuscht.

KN: Woran hapert es in der Zusammenarbeit?

GR Mag. Mahrer: Grundsätzlich muss man sagen, mit Bgm Dr. Resch kann man im Gegensatz zu Inge Rinke zumindest reden, aber wir kennen seine Koalitionszusagen an die ÖVP nicht. Bei wichtigen Sachen wie der Aufklärung alter Skandale (Bürgerhospital, Wachauer Messe AG, vier Millionen Euro für wertlosen Auwald etc.) zeigt die SPÖ keinerlei Interesse. Genauso darf die GEDESAG weiterhin nicht vom Kontrollamt als Gemeinderatsorgan geprüft werden.

Da ist Dr. Resch der Machterhalt durch die SP-VP-Koalition wichtiger als die Aufklärung im Interesse der Kremser Bürgerinnen und Bürger.

KN: Sind diese Skandale nicht alte Hüte?

GR Mag. Mahrer: Krems wurde massiv geschädigt. Beim Bürgerhospital hat Bgmⁱⁿ Rinke knapp vor der letzten Wahl die 10-Prozent-Anteile der Bürgerhospitalstiftung, die einen Realwert in Millionenhöhe darstellten, um einige wenige tausend Euro an die Senecura-Eigentümer verscherbelt. Die haben prompt die Gemeinnützigkeit der Gesellschaft, die die Seniorenheime in Krems betreibt, aufgehoben.

Es hätte Möglichkeiten gegeben, den Kremserinnen und Kremsern diese Millionen zugutekommen zu lassen, hätte man entsprechend

dem Stadtrecht zum Wohle der Stadt gehandelt.

Bei der GEDESAG gibt es Anzeigen zum Grundstückskauf in Gneixendorf, bei dem bewusst



KLS-GR Mag. Wolfgang Mahrer

ein Architekt zwischengeschaltet wurde, was den Kaufpreis natürlich entsprechend verteuerte. Aber Kontrolle der GEDESAG – nein. Wenn wir im Gemeinderat dafür kämpfen, wird einfach abgeblockt statt diskutiert. Unser dazu geplanter Bericht im Stadtjournal wurde einfach wegzensuriert! Das ist schlechter Stil von Bgm Dr. Resch, offenbar aus den Koalitionszusagen heraus bedingt.

Wenn das Parkhotel wirklich abgerissen wird, ist der von der Stadt um einen Schilling (!) der Messe AG „verkaufte“ Stadtsaal von Privaten höchst profitabel „verwertet“ worden. So wurden laufend Werte der Stadt Privatpersonen zur lukrativen „Verwertung“ günstig zugeschanzt. Aber die SPÖ interessiert das nicht.

Beim wertlosen 4-Millionen-Au-Grundstück wollte man alle Verantwortung einem Beamten unterjubeln und hat bei Gericht und im Disziplinarverfahren in allen

Instanzen verloren! Bei unserer Frage an Dr. Resch, was mit der Verfolgung der vom Gericht aufgezeigten politischen Verantwortung eines ÖVP-Stadtrates ist, bekamen wir von ihm statt einer Antwort die Gegenfrage, was wir unter „politischer Verantwortung“ verstehen.

Das heißt, wir haben einen Bürgermeister, der mit dem Begriff „politische Verantwortung“ nichts anzufangen weiß!

KN: Sie sind im Kontrollausschuss – wie geht es Ihnen damit?

GR Mag. Mahrer: Schlecht! Es gibt kaum Sitzungen und nach fast einem Jahr, jetzt im August, erst einen im Gemeinderat behandelten Kontrollbericht von der neuen Kontrollamtsleiterin.

Auch der Rechnungsabschluss konnte im Juni nicht dem Gemeinderat vorgelegt werden, da der Bericht dazu erst Ende August fertig wurde.

Nicht einmal die Stadtkasse hat man, wie früher üblich, regelmäßig kontrolliert.

Auf Nachfrage bei Bgm Dr. Resch wird dies mit der Einarbeitung der Kontrollamtsleiterin begründet. Ihre Mitarbeiterin, die dem Vorgänger beste Dienste leistete, entspricht der neuen Chefin plötzlich nicht. Seitens der Grünen Leiterin des Kontrollausschusses kommt offenbar auch kein Druck, die Aufgaben entsprechend abzuarbeiten.

KN: Wie konnte es zu einem solchen monatelangen Kontrollvakuuum kommen?

GR Mag. Mahrer: Das war Absicht. Eigentlich sollten wir – die KLS – als stimmenstärkste Par-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Interview der KREMSER NACHRICHTEN (KN) mit Gemeinderat Mag. Wolfgang Mahrer (KLS)

(Fortsetzung von Seite 3)

tei, welche nicht im Stadtsenat vertreten ist, die Leitung des Kontrollausschusses erhalten so wie zuvor die FPÖ. Dies war ein „NO-GO“ für die ÖVP, weil sie Angst vor Aufdeckungen hat. Da haben die Landesschwarzen mit den Landesgrünen gepackelt und GR Sandra Maier diese Leitung übertragen unter dem Mitspielen der SPÖ, die uns gegenüber damit ihr Wort gebrochen hat.

Bgmin Rinke hat mit dem Hinweis, eine gute Kontrollamtsleiterin braucht keine Einarbeitung durch den Vorgänger, die Einstel-

lung entgegen dem Personalentwicklungskonzept der Stadt bewusst verzögert. Jetzt hat die ÖVP mit Duldung der SPÖ und der Grünen das lahme Kontrollamt, das man immer wollte.

KN: Sie können jetzt in allen Gemeinderats-Ausschüssen und Arbeitsgruppen mitarbeiten, wie sehen Sie dies?

GR Mag. Mahrer: Dies ist ein großer Fortschritt. Aber manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, man will damit der Bevölkerung vorspielen, alle Parteien stünden voll hinter den Plänen der SPÖ-ÖVP-Koalition.

KN: Wie kommen Sie auf diese Vermutung?

GR Mag. Mahrer: In den Ausschüssen herrscht Vertraulichkeit, damit können wir unsere oft gegensätzlichen Ansichten z. B. zu Personalauslagerungen zwar äußern, aber nicht öffentlich machen. Das gilt auch für die Arbeitsgruppen, über die nur die Pressestelle berichten darf. Wir empfinden die Verhängung der Vertraulichkeit manchmal als hinderlich für die Oppositionsarbeit. Eine gute Demokratie lebt ja von einer funktionierenden Opposition, die auch das Recht hat, Gegenstandpunkte zu kommunizieren.

Das Ergebnis jahrzehntelanger SPÖ- und ÖVP-Politik!

Die jüngste im Auftrag der OÖ Arbeiterkammer erstellte Studie der Johannes-Kepler-Universität ist eine eindeutige Bestätigung dafür, dass die Vermögensverteilung in Österreich extrem schief lastig und das Potential für eine Vermögenssteuer vorhanden ist, stellt Mirko Messner, Spitzenkandidat der KPÖ zur NR-Wahl, fest.



Laut der neuen Studie besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung 37 Prozent (= rund 469 Milliarden Euro) des gesamten Vermögens in Österreich. Die reichsten 5 Prozent der Bevölkerung verfügen gemeinsam sogar über 57,8 Prozent des gesamten Vermögens. Die ärmsten 50 Prozent verfügen hingegen nur über lächerliche 2,2 Prozent des Gesamtvermögens.

Messner: „Die Einführung einer Vermögenssteuer, die Euro-Millionäre zur Kasse bittet, wie von der KPÖ seit langem gefordert, ist ein Gebot der Stunde, denn dadurch würden jährlich mehrere Milliarden Euro in den Staatshaushalt fließen. Wer jedoch hofft, dass dies ohne relevante Stärkung der KPÖ, ohne konsequent linke Opposition im Parlament demnächst Realität wird, der irrt.“



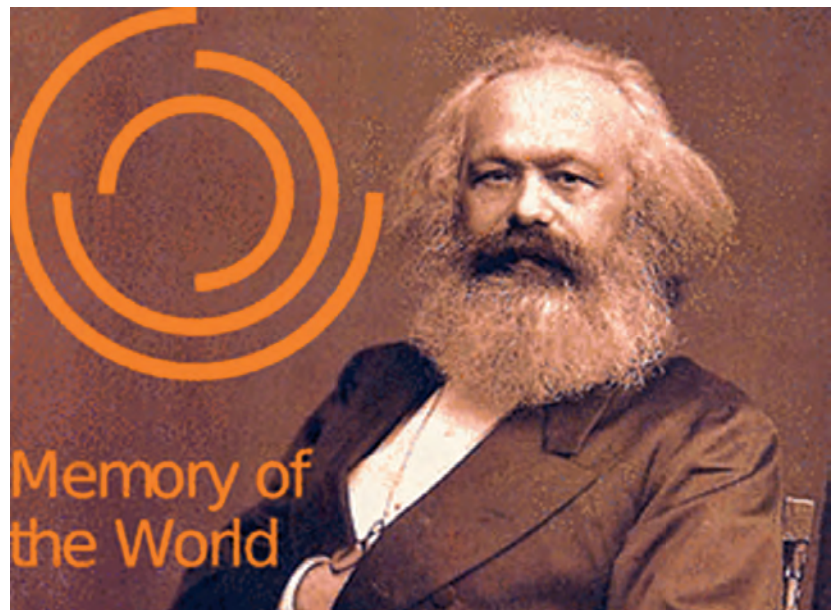
Schriften von Karl Marx nun UNESCO-Weltdokumentenerbe

„Das Manifest der Kommunistischen Partei“ (1848) und „Das Kapital“, erster Band (1867) wurden in fast allen Sprachen weltweit veröffentlicht. Im Juni 2013 wurden nun die beiden Werke von der UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur) in ihr **Weltregister des Dokumentenerbes aufgenommen**, „weil diese weltweit einen großen Einfluss auf soziale Bewegungen hatten“, erklärte die UNESCO-Kommission.¹

Das ‚Kommunistische Manifest‘ und ‚Das Kapital‘ gehören zu den erfolgreichsten Werken der Weltverlagsgeschichte. Der erste Band des ‚Kapitals‘ wurde seit 1946 über eine Million Mal verkauft.

Das Kapital wird vor allem dann gelesen, wenn es der Gesellschaft schlecht geht. In der Krise liefert das Werk zwar keine fertigen Antworten und Lösungen, aber es befähigt aufmerksame Leserinnen und Leser dazu, eigenständig analysieren und emanzipatorisch handeln zu können.

Hat diese „Ehrung“ seitens der UNESCO heuer etwas mit dem 130. Todestag von Karl Marx zu tun? In Zeiten wie diesen jedenfalls suchen auch in Österreich mehr Menschen nach Alternativen, denken über eine neue, bessere Gesellschaftsordnung



Erinnerung, dass der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht verschwunden ist.“ Und weiter: „Die Entwicklung der heutigen Welt, die vom Kapitalismus und seinen inneren Widersprüchen geprägt ist, beweist die

nach, und wollen sich für Veränderungen einsetzen.

Aktivistinnen und Aktivisten der KPÖ stützen sich dabei wesentlich auf die marxistische Gesellschaftstheorie und Denkmethode, und dies ist nichts Abgeschlossenes, sondern hilft immer wieder, die Welt zu interpretieren, um sie entsprechend verändern zu können.

Heute bestätigt sich erst recht, was unsere Partei 1994 in ihren „Grundzügen für eine Neu-Orientierung“ feststellte: „Der wachsende Abstand zwischen Arm und Reich und die zunehmende soziale Ungerechtigkeit rufen in

fortdauernde Gültigkeit einer Hauptthese von Karl Marx: Eine Gesellschaft, in der der Gewinn einer Minderheit und nicht das Interesse der Allgemeinheit, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln und nicht der Wille der ProduzentInnen maßgeblich sind, ein System, in dem das Geld und nicht die Menschen den Inhalt der Arbeit, die Lebensmöglichkeiten und die Beziehungen zum/zur Nächsten bestimmen, ist lebensfeindlich und angesichts der Möglichkeit, der gesamten Menschheit die wichtigsten Lebensgrundlagen zu sichern, anachronistisch.“²

Quellen:

- 1 Deutsche UNESCO-Kommission, 18.06.2013
- 2 „KPÖ – Grundsätze einer Neu-Orientierung“, Grundsatzerklärung des 29. KPÖ-Parteitag 1994, S. 26 und 23

Aus dem Gemeinderat

Über die Arbeit unserer KLS-Mandatare – Mag. Wolfgang Mahrer und Franz Kral

In der **Februar-Sitzung** des Gemeinderates war das Stadtbudget und der Schuldenbericht der Stadt Krems, den KLS-GR Mahrer per Zusatzantrag zum Budget 2012 verlangt hatte, die zentralen Themen.

Das **Budget hat die KLS abgelehnt**, da mit dem Plan einer Nachverrechnung von Kanalgebühren und der Vorgabe, die Einnahmen der Parkgebühren der Grünen Zone müssen bleiben, weiter unzumutbare Belastungen für die Bevölkerung festgeschrieben wurden.

Auch der **Kauf der restlichen GEDESAG-Anteile** stand auf der Tagesordnung. Dies ist der Beginn unseres Kampfes, dass auch dieses größte städtische Unternehmen vom Kontrollamt und damit vom Gemeinderat als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger kontrolliert wird.

Der **Schuldenbericht** bestätigte zwar eine leichte Entspannung, aber die Stadt ist vor allem durch die Frankenkredite, deren wahren Schuldenwert man derzeit nicht abschätzen kann, weiter gefährdet. Spekulation ist gefährlich, wie die Stadt jetzt weiß!

Die **März-Sitzung** brachte die Präsentation der Vermögensaufstellung der Stadt. Wir fragen uns, was man mit der Bewertung von Steinertor, Landstraße etc. erreichen will – verkaufen? Für das Schulzentrum wurden die Gebühren für die Schüler der Umlandgemeinden gesenkt. Ob das hilft, mehr Schüler zu bekommen, bleibt fraglich. Das Ganze zeigt aber die falsche Finanzierungsbasis dieses Schulneubaus als brandgefährlich für die Stadt auf.

In der **April-Sitzung** wurden Straßenbauprojekte und andere Alltagsprojekte beschlossen.

In der **Mai-Sitzung** war der Bericht zu den Baumfällungen, die große Empörung bei den Bürgerinnen und Bürgern ausgelöst hatten, ein großer Diskussionspunkt.

Die Sanierung des Ausportplatzes und mehrere Straßen- und Kanalprojekte, aber leider auch eine Gebührenerhöhung beim Stadtbus, letztere gegen unsere KLS-Stimmen, standen zur Beschlussfassung.

In der **Juni-Sitzung** wurde ein von der KLS initiiertes gemeinsamer Dringlichkeitsantrag von

FPÖ, KLS, Grünen und UBK zur demokratisch legitimierten Kontrolle der GEDESAG von SPÖ und ÖVP diskussionslos abgeschmettert (siehe dazu auch Seite 1 und 2).

Dafür wurde ein neues Statut für einen Gestaltungsbeirat gegen unseren Willen durchgewinkt. Als ob der bisherige Beirat nicht genug architektonischen Unfug angerichtet hätte!

Kräftig erhöht wurde auch die Stellplatzausgleichsabgabe, aber die Baulöwen von Krems brauchen sich nicht zu fürchten, ihnen gegenüber schreibt man ja sowieso immer nur die geringste Anzahl von Stellplätzen vor, um ihre Bauprofite zu sichern.



Zu teures Wohnen in Krems!

„Luxus/Die Nachfrage bestimmt den Preis: Weil immer mehr Studenten eine Bleibe suchen, steigen die Mietkosten explosionsartig an.“ So leitete die NÖN 26/2013 einen Artikel von U. Sagl ein.

Hilflos und unverbindlich wirken die Aussagen der SP-, VP- und GrünpolitikerInnen. SP-Resch wartet auf das Stadtentwicklungskonzept, VP-Derler will mehr soziale Treffsicherheit bei Unterstützungen und die Grünen wollen unsere Wohnungssuchenden an den Stadtrand nach Lerchenfeld und Gneixendorf verbannen.

Auf die Idee, dass die Stadt seit Anfang der 70er Jahre keine Gemeindewohnungen mehr baute und so ein Mangel an günstigen Mietwohnungen entstand, der den Mietwucher ermöglicht, kam keiner der verantwortlichen Stadtpolitiker.

Wir von der KLS sind die einzigen, die sich für den Erhalt und Neubau von Gemeindewohnungen für sozial Bedürftige einsetzen!

Wir verlangen, dass es mit der Wohnbauförderung die Möglichkeit der besonders hoch geförderten Errichtung von Gemeindewohnungen geben soll.

Die gestiegene Nachfrage durch Studenten bringt der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern mehrere Probleme. Die Stadt bekommt für diese hohe



Plan: Studentenbuden statt Gemeindewohnungen!

Diese sollen an sozial Schwache ohne Anzahlung und Kautionsgeld günstig vermietet werden. Nur damit kann man den Miethaien Paroli bieten.

Zahl an Zweitwohnsitzern keine Zuweisungen aus dem Steuerpotenzial, muss ihre Infrastruktur aber danach ausrichten. Die Bürgerinnen und Bürger werden durch die steigenden Mieten aus unserer Stadt ins billigere Umland vertrieben.

Caritas und KPÖ geht das zusammen?

Am 10. August brachte der Kurier auf Seite 9 ein ganzseitiges Interview mit Caritas-Präsident Franz Küberl. Der Titel „Strom und Gas nicht abdrehen“.

Beim Lesen der Fragen und Antworten war es für mich verblüffend, wie sehr sich die Forderungen der Caritas und die jah-

relangen Forderungen der KPÖ in sozialen Fragen decken.

So verlangt Franz Küberl, sozial Bedürftigen den Strom und Gas/Fernwärme nicht abzudrehen und den Mindestlohn auf lebensnotwendige 1.400 Euro pro Monat anzuheben.

Die KPÖ hat das Konzept der Energiegrundsicherung erstellt, damit niemand vor der Alternative frieren oder hungern steht. Ein adäquater Mindestlohn ist auch eine alte KPÖ Forderung, genauso fordern beide, Caritas und KPÖ, die Auszahlung der Mindestsicherung 14-mal statt 12-mal jährlich.

So stagnieren die Einwohnerzahl und die Steueranteile. Vorteile sind die höhere Beschäftigung im Bildungsbereich, der Gastronomie und im Detailhandel. Die dadurch steigenden Kommunalsteuererträge werden aber bei weitem von den hohen Kosten für die städtische Förderung von Donau-UNI und IMC aufgefressen.

Dafür können sich unsere Politiker an den Zusatzschildern bei den Ortstafeln „Universitäts- und Fachhochschulstadt“ freuen, die Bürgerinnen und Bürger aber dürfen mit Höchstmieten und Parkgebühren in der Grünen Zone dafür bezahlen.



(Fortsetzung auf Seite 8)

Was für Beamte gilt, zählt für VP-Politiker noch lange nicht!

(Fortsetzung von Seite 2)

deratsbeschluss beschlossen, in Berufung zu gehen. Auch das Oberlandesgericht gab aber dem Beamten Recht und lehnte die Berufung ab. Außer Spesen von zehntausenden Euros nichts gewesen! Wer trägt für diese unnötigen zusätzlichen Kosten die Konsequenzen?

Im Disziplinarverfahren verhängte die Kremser Disziplinarkommission unter StR Chaloupek nach ca. 30-minütiger Verhandlung das vom Disziplinaranwalt der Stadt vorbereitete Urteil in fünf Punkten! Dies ist so, wie wenn der Staatsanwalt dem Richter das Urteil vorschreibt und dieser es ohne viel zu verhandeln als Femeurteil verhängt! Die NÖ-Disziplinarioberkommission und der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) hoben alle fünf Schuldsprüche auf. Obwohl Gerichtsurteile, auch die des VwGH, öffent-

lich sind, sollte im Gemeinderat alles „vertraulich“ – sprich unter der Decke – abgehandelt werden, auch eine Anfrage der KLS, in der nur öffentlich zugängliche Fakten genannt wurden.

Auf die erste Frage der KLS „Warum wurde nur die Verantwortung des Beamten gerichtlich und disziplinarisch untersucht und die politische Verantwortung wurde nicht in gleicher Weise hinterfragt?“ antwortete Bgm Dr. Resch „Was meinen Sie mit ‚politischer Verantwortung‘? Meiner Meinung nach hat die ‚politische Verantwortung‘ weder der Magistrat noch der Bürgermeister, sondern vielmehr der Gemeinderat als Kollegialorgan zu prüfen.“ Ist Dr. Resch die politische Verantwortung so fremd, dass er nach deren Inhalt fragen muss? Wieso haben dann Rinke, Hallbauer und ein Anwalt den teuren Berufungsentschluss alleine gefasst?

Zu politischer Verantwortung steht in Neuhofers „Handbuch des Gemeinderechts“ unter Bezug auf Art. 118 (5) unserer Verfassung: „Der Bürgermeister und die Mitglieder des Gemeindevorstandes (Stadtssenates) und allenfalls bestellte andere Organe der Gemeinde sind für die Erfüllung ihrer dem eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde zugehörigen Aufgaben dem Gemeinderat verantwortlich.“

Bei der Klage gegen den Beamten hatte derselbe ÖVP-Stadtrat, dessen Verantwortung später vom Gericht als prüfenswert betrachtet wurde, gemeinsam mit Bgmin Rinke und dem Magistratsdirektor den entsprechenden Antrag vom 15.10.09 im Gemeinderat eingebracht. Wer, wenn nicht die aktuell in diesen Funktionen Tätigen, sollten einen Antrag auf Feststellung der Verantwortung des VP-Stadtrates im Gemeinderat (GR) einbringen! Laut Stadtrechtsorganisationsgesetz vertritt der Bürgermeister die Stadt nach außen und nur er kann daher eine vom Gemeinderat beschlossene Klage einbringen.

Oder gilt für Bgm Resch: „die Kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen“? Die Stadträte haben den Bürgermeister laut §45 Stadtrechtsorganisationsgesetz zu unterstützen und die Geschäfte nach seinen Weisungen und seiner Verantwortung zu besorgen. Wo bleibt die Weisung von Dr. Resch, einen Antrag auf Prüfung der politischen Verantwortung seitens des VP-Stadtrates im GR einzubringen?

Keine Ausreden mehr, auch wenn der Koalitionsfriede gestört sein könnte! Gleiches Recht gegenüber Beamten und Politikern! Sonst werden Sie unglaublich, Herr Bürgermeister!

Caritas und KPÖ geht das zusammen?

(Fortsetzung von Seite 7)

Küberls Kritik am fehlenden sozialen Wohnbau deckt sich mit unserer Forderung, die Errichtung günstiger Gemeindewohnungen, die dann ohne Anzahlung oder Kautionsvergabe werden können, wieder zu fördern. Was die Caritas aus Nächstenliebe für die Ärmern fordert, bezeichnet die KPÖ als notwendiges solidarisches Han-

deln. Beide sind wir der Ansicht, dass die Reichen mehr dazu beitragen müssen.

Wenn also Christen im Zuge der kommenden Nationalratswahl ein von Nächstenliebe im biblischen Sinn getragenes Parteiprogramm suchen, werden sie sicher bei der KPÖ eher fündig werden als bei H. C. Straches Hassprogramm der FPÖ.

Schon Österreichs großer Schauspieler **Josef Meinrad** meinte: „Als guter Katholik müsste ich Kommunist sein. Denn da gilt wenigstens das Primitivste: Wenn es jemandem schlecht geht, wird ihm geholfen.“ (Kurier.at 15.4.2013, Meinrad: Die heile Welt der Österreicher)

GR Mag. Wolfgang Mahrer





SPÖ-Plakate und die Wahrheit sind zweierlei!

„Arbeit, von der man leben kann. SPÖ. Die Partei der Arbeit.“ leuchtet es tiefrot aus einem SP-Schaukasten in Krems.

In Wirklichkeit hat die SPÖ im Kremser Gemeinderat der Auslagerung der Betreuung der Straßenbeleuchtung an die EVN zugestimmt. Die EVN bedient sich dazu eines Subunternehmers. Das Argument dafür war, es sei für die Stadt billiger.

Nach einem Jahr fällt ein Sachverständiger in einem Gutachten ein negatives Urteil, was die Arbeit der EVN und die Kosteneinsparung betraf. Einziges Resümee: Sozial sichere und besser bezahlte Arbeitsplätze in den Stadtbetrieben wurden durch Niedriglohnempfänger beim Subunternehmer nebst Profiten für die privatisierte EVN und den Privatunternehmer ersetzt. Auch das Kontrollamt ortet extreme Kostensteigerungen.

Jetzt sind wieder Überlegungen zu Auslagerungen in anderen Bereichen der Stadtbetriebe aus „Einsparungsgründen“ im Busch. Die Vorhaltungen, man kann ein Stadtbudget nicht über Lohnespa-



rungen bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sanieren, stoßen bei allen anderen Gemeinderatsfraktionen auf Unverständnis. Auch bei Bund (Post, Bahn etc.) und Land wird und wurde fleißig ausgelagert. Die SPÖ spielt sich am Plakat als arbeitnehmerInnenfreundlich auf. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer spüren aber, wenn sie von der SPÖ immer öfter verraten werden!

Lügen haben kurze Beine! – Das gilt auch für solche Werbung!

Kurzmeldungen der Kremser Nachrichten Kremser Nachrichten

Unter dem Titel **„Fairness nützt allen“** wirbt Bgm Resch derzeit für seine großen Pläne der Geldeintreibung bei den Kremser Häuslbauern, die dann in der Lokalpresse Kanalbetrüger genannt werden. In der nächsten Nummer der KREMSENER NACHRICHTEN werden wir uns mit dieser für uns skandalösen Geldbeschaffung auf Basis eines perversen Kanalgebühren-Gesetzes auseinandersetzen.

DYNEA, ein Kremser Chemiewerk, wurde von einem russischen Chemieunternehmen übernommen. Es bleibt abzuwarten was schneller geht – dass die leitenden Kremser Manager Russisch lernen oder der Betrieb nach Russland ausgelagert wird. **Eybl Krems** hat der Verkauf an eine slowenische Investorengruppe auch nicht gut getan, wie man so hört.

Ein weiterer Flecken stadtnahen Grüns geht in der **Arbeitergasse** verloren. Die Anwohner sind der Stadt böse, dass der dortige ehemalige Kindergarten mitsamt seinem Grünbereich verkauft wurde. Ein Apartmenthaus und Autostellplätze statt Bäumen war sicher nicht der Wunsch der Anrainer.

Die **Bürgerservicestelle im Rathaus** wurde umgebaut und mit dem Meldeamt baulich zusammengelgt. In Zukunft werden nur mehr vier statt jetzt fünf Mitarbeiter und eine Halbtagskraft diese Bereiche abdecken. Wenn dadurch die Wartezeiten länger werden, brauchen die Bürger allerdings nicht mehr am Gang zu warten, sondern dürfen dies in der Servicestelle drinnen tun. Der um mehr als ein Drittel steigende Arbeitsdruck auf die Mitarbeiter interessiert aber offenbar nicht einmal die eigene Personalvertretung.

**RETTUNGSSCHIRME FÜR MENSCHEN
STATT FÜR BANKEN**

Unverzichtbar. KPÖ ins Parlament.



KLS-Anfragen an den Bürgermeister

Die KLS nutzt wie sonst keine Gemeinderatsliste ihr Anfragerecht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger:

Im **März** fragten wir Bgm Resch, wie er mit der eklatanten **Übertretung der Sperrzone** für Wahlpropaganda vor den Wahllokalen bei der Landtagswahl durch die ÖVP umgeht.

In seiner Antwort erklärte Bgm Resch, er sei nicht informiert gewesen und dass es dazu keine Meldepflicht an die höheren Wahlbehörden gibt. Also kann die ÖVP weiter lustig Gesetze missachten!

Bei der Anfrage zur **Sanierung des Güterweges** von der Scheibenhofer Kreuzung Richtung Waldhof erfolgte die Schlaglochauffüllung noch vor der Beantwortung. Leider ist diese Art der Sanierung kurzlebig und die Fahrbahn bereits erneut in schlechtem Zustand. Zumindest sollte Asphaltrecyclingmaterial statt Schotter verwendet werden, um eine etwas längere Haltbarkeit zu erreichen.

Im **April** wollten wir **Details zu den Baumschlägerungen** und deren Kosten, den Fachleuten, die die Entscheidungen trafen, etc. wissen. Nicht auf alle Fragen bekamen wir ausreichend Antwort, insbesondere nicht zu den Kosten der gesamten Aktion.

Im **Mai** stellten wir zum **Ausgang der Rechtsverfahren zum Ankauf wertlosen Auwaldes um 4 Millionen Euro** eine detaillierte Anfrage. Alle Verfah-

ren hat die Stadt unter hohen Kosten verloren.

Bgm Resch hat die Anfrage als nicht öffentlich eingestuft, obwohl alle darin genannten Fakten als Gerichtsurteil öffentlich waren. Geniert sich die Stadt für den desaströsen Ausgang dieser Verfahren?

Der Plan, einem Beamten die Schuld zuzuschieben statt die politische Verantwortung eines ÖVP-Stadtrates aufzuzeigen, ist geplatzt. Warum hilft Dr. Resch zur ÖVP statt zum als unschuldig freigesprochenen Beamten und verweigert eine Entschuldigung?

In der **Juni**-Sitzung gab es weitere **zwei KLS-Anfragen** an Dr. Resch, deren Beantwortung in der Gemeinderatssitzung im September zu erwarten ist.

Eine der Fragen betraf die neue Regelung, warum die in der Gemeinderatssitzung **öffentlich verlesenen Anfragen** später nur **schriftlich** an den Fragesteller beantwortet werden und **nicht – wie früher üblich – die Antwort verlesen wird**, damit alle Gemeinderäte die Antwort zu den ihnen bekannten Fragen erfahren.

Die zweite Anfrage soll die Frage klären, **warum die Anfrage** betreffend die **Rechtsverfahren um den Auwaldkauf als vertraulich** eingestuft wurde.

Bgm Dr. Resch: Zu fällt ihm

Seit Jahren kämpfen die Bürgerinnen und Bürger vom Steindl mit einer Interessensgemeinschaft gegen die Zerstörung ihres Lebensraumes. Sie haben den ersten Initiativantrag in der Geschichte der Stadt im Gemeinderat eingebracht, der aber vom damaligen StR Stummer mittels Zusatzantrages abgewehrt wurde. Den verlangten Bebauungsplan gibt es bis heute nicht. Die Spekulanten haben dieses Wohngebiet ob seiner Lage zum Lieblingsbauplatz für Monsterprojekte gewählt, obwohl man damit Infrastruktur und Verkehrsverträglichkeit überstrapaziert und das Ortsbild verschandelt.

Zwei Briefe haben die Bürgerinnen und Bürger an Bgm Dr. Resch zu einem Bauprojekt geschrieben, für das die Langenloiserstraße dem profitierenden Baulöwen zuliebe sogar eingeengt wurde, obwohl sich der Verkehr dort ohnehin schon täglich staut.

Beide Briefe haben keine Verbesserung der Situation gebracht! Man wollte, dass 2 bis 3 Stellplätze auf Privatgrund errichtet werden, da keine öffentlichen Parkflächen mehr frei sind. Auf eine Anfrage an Dr. Resch im Gemeinderat wurde von ihm behauptet, dies sei rechtlich nicht möglich. Laut einer Antwort der NÖ Landesregierung auf die gleiche Frage, wäre es aber laut § 63 NÖBO sehr wohl möglich! Warum werden Gesetze zum Nachteil der Anrainer ausgelegt? Einfach, weil sich noch keine Baubehörde das Gesetz anzuwenden traute aus Angst vor rechtlichen Einsprüchen der Spekulantenanwälte.

Hat Dr. Resch nach der Wahl keine offenen Ohren mehr für die Bürger? Waren seine Sommergespräche und die „Antwortkarten“-Aktion nur Wahlschmähs? Der SPÖ-Stadtkurier vom Juli 2012 schrieb zu Gneixendorf: „So muss z. B. für die Planung eines großvolumigen Wohnbaus eine für alle taugliche

(Fortsetzung auf Seite 11)



Briefen von Bürgern am Steindl nichts Neues ein!

Verkehrslösung Voraussetzung sein.“ Gilt das für die enge Langenloiserstraße nicht, Herr Bürgermeister? Damit Spekulanten „ihren“ Grund nicht mit zwei Stellplätzen pro Wohnung „entwerten“ müssen, nimmt man lieber der Allgemeinheit Verkehrsfläche an einer Engstelle

durch das VwGH-Urteil eigentlich geschützt sein sollte. Das erneute Gegengutachten kostet die betroffenen Bürger 8.000 Euro, die sie selbst bezahlen müssen, aber Gutachten zu Gunsten der Spekulanten zahlt die Stadt! Heißt SPÖ jetzt Spekulanten-Partei-Österreichs?



Auch zu diesen Wohnblöcken inmitten der Einfamilienhäuser auf der Südseite der Langenloiserstraße gibt es ein Gutachten über „ortsübliche Bauweise“!

weg, um das Schrägparken zu erlauben!

Herr Bürgermeister, warum brauchen Sie ewig für Antworten auf die verzweifelten Briefe der Betroffenen? Warum schlagen Sie sich aus Angst vor Klagen gleich auf die Seite der Bauspekulanten? Warum lassen Sie im Gemeinderat keinen Bebauungsplan, der entsprechende Maßnahmen vorschreibt, beschließen?

Bei einem anderen Bauprojekt am Steindl hat der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) bereits festgestellt, dass bei der Bauverhandlung Anrainerrechte verletzt wurden. Jetzt ließ der Magistrat auf Stadtkosten ein neues Sachverständigengutachten anfertigen, welches dem Baulöwen diese Art der Mega-Bebauung doch noch ermöglichen soll – gegen den Bürgerwillen, der

Welche Qualität die von der Stadt „bestellten“ Gutachten haben und welchem Zweck sie dienen, zeigte sich beim Schulzentrum, wo ein Gutachten „die gute Qualität auch der von den Kindern eingeatmeten Luft“ bestätigte aber die Ursache des Kanalgestanks negierte.

Jetzt weiß man, dass die Luft über einem Kanal angesaugt wurde! Man benötigte offenbar ein „Gefälligkeitsgutachten“, welches Schülern und Lehrern bescheinigte, sie bilden sich alle Beschwerden nur ein. Die Bürger lässt man also noch dafür bezahlen, dass sie offensichtlich nicht die Wahrheit erfahren.

Wo bleibt die versprochene Wende, Herr Bürgermeister? Nach wie vor gehen Spekulanten-Interessen vor Bürgeranliegen!

Kontrollamtsleiterin als Aufsichtsrätin der GEDESAG!

Nach außen soll diese Berufung durch Bgm Resch und die SPÖ als Aufwertung der Kontrolle verkauft werden. In Wirklichkeit ist sie genau das Gegenteil und wäre nach dem Stadtrechtsorganisationsgesetz bis Ende 2012 sogar verboten gewesen. Erst die jüngste Novelle hat dieses Verbot gekippt.

Als Aufsichtsrätin ist die Kontrollamtsleiterin zur Verschwiegenheit verpflichtet. Nur in der Hauptversammlung kann sie vom Eigentümervertreter befragt werden – in diesem Fall vom Bürgermeister. Was er aber dem Gemeinderat berichtet, ist alleine seine Sache. Der Gemeinderat und damit die Öffentlichkeit haben kein gesetzliches Recht, Anfragen betreffend die GEDESAG zu stellen. Ob diese Verschleierungstaktik auf dem Mist der SPÖ gewachsen ist oder von der Stadt- oder Landes-ÖVP erzwungen wurde, ist unerheblich.

Den Bürgerinnen und Bürgern, die zu Tausenden der GEDESAG als größtem Wohnbauunternehmen in Krems ausgeliefert sind, wurde eine demokratisch legitimierte Kontrollmöglichkeit genommen. Auch die Annahme des Aufsichtsratsmandates durch die Kontrollamtsleiterin spricht von wenig Verantwortungsbeusstsein gegenüber den Kremser Bürgerinnen und Bürgern, da diese klar dem Kontrollinteressen der Öffentlichkeit zuwider läuft.



Im Nationalrat hingegen fehlt eine kritische, linke und soziale Opposition. Gerade in Zeiten, in denen starke Preisanstiege bei Lebensmitteln und Mieten bei gleichzeitigem Stagnieren der Einkommen und Pensionen den Menschen das Leben schwer machen, ist jedoch eine solche linke Stimme im Parlament nötiger denn je.

Die letzten Regierungen haben sich aus Parteien zusammengesetzt, denen möglicherweise auch Sie, werte Leserinnen und Leser, Ihre Stimme gegeben haben. Diese vergangenen Perioden brachten uns Sozialabbau, Korruption, Privatisierungen und Banken-Rettungs-

Krems hat es, Graz hat es – Österreich braucht es: **KPÖ** ins Parlament

In unserer Stadt haben wir seit Jahrzehnten eine soziale Opposition im Gemeinderat. Die KLS und ihre Mandatäre nehmen ihre Verantwortung dort vorbildlich wahr und informieren regelmäßig die Bürgerinnen und Bürger über ihre Arbeit in der Gemeindevertretung. Unbestechlich, kompetent und geradlinig engagieren sich die Kremser Kommunistinnen und Kommunisten für die Belange des Gemeinwohls.

pakete. Für Sie als Bürgerinnen und Bürger war es eine verlorene Stimme. Die KPÖ hingegen tritt für die Menschen ein und nicht für Banken und Konzerne.

Fragen Sie sich vor Ihrer Wahlentscheidung, ob Sie wieder jene wählen wollen, die in den vergangenen Jahren bewiesen haben, dass ihnen das Groß- und Finanzkapital näher ist als die Bürgerinnen und Bürger. Haben diese Parteien zur Verbesserung Ihres Einkommens oder sichere Arbeitsplätze, stabile Preise und Mieten beigetragen, wie Sie sich das sicherlich wünschen?

Die neoliberale Einheitsfront der Parlamentsparteien sah und sieht ihre Hauptaufgabe darin, immer neue die Bürgerinnen und Bürger treffende Einsparungen zu beschließen, während gleichzeitig gi-

gantische Summen in zweifelhafte Bankenrettungen oder Steuergeschenke an Superreiche fließen.

Die KPÖ tritt als einzige zur Wahl stehende Partei für eine Umkehr dieser Umverteilungsprozesse ein, denn Menschen sind wichtiger als Profite!

Wir Kommunisten sehen unsere Aufgaben in der Kontrolle korrupter Politiker, Widerstand gegen Sozialabbau und Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen. In Krems und in Graz erfüllen wir diese Aufgaben bereits. Es ist an der Zeit, dass endlich auch im Parlament linke Oppositionspolitik stattfindet. Mit Ihrer Stimme wird dies möglich. Zeigen Sie den Großparteien die Rote Karte:

Am 29. September:

**KPÖ wählen!
Arbeiter statt Milliardäre in den Nationalrat!**

*Nikolaus Lackner,
Spitzenkandidat der KPÖ NÖ*



KULTUR MITTE
3500 KREMS – OBERE LANDSTRASSE 8

Herbstprogramm:

Markus Riedler – Zeichnungen, Malerei, Skulpturen
Ausstellung: 28. September – 12. Oktober 2013
Vernissage: Freitag, 27. September – 19:00 Uhr

Renate Lind – „Pablo Neruda“
Lesung: Freitag, 11. Oktober 2013 – 19:00 Uhr

Malkursteilnehmer präsentieren ihre Bilder
Kursleiterin: Martha Platzer
Ausstellung: 9. – 23. November. 2013
Vernissage: Freitag, 8. November – 19:00 Uhr

Film und Videokünstler vom „Kremser Film und Videoclub“ zeigen ihre Filme.
Filmschau: Freitag, 22. November 2013 – 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen in der Kultur Mitte,
3500 Krems, Obere Landstraße 8/1. Stock

